Kreisverwaltung Ahrweiler

Bitte alle Fragen beantworten. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Ist der Platz nicht ausreichend, bitte weitere Ausführungen auf einem Beiblatt notieren.
Minderjährige ab 16 Jahren müssen einen eigenen Antrag stellen.

Antrag auf Einbürgerung

Vermerk der Behörde: Antragseingang am:_____

nach § 8 / § 9 / §10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

Ich beantrage die Einbürgerung und mache dazu folgende Angaben:

1. Angaben zur Person

Familienname (eventuell Geburtsname)	
Vornamen	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift	
Postleitzahl / Wohnort	
Straße	Hausnummer
Telefon/E-Mail für eventuelle Rückfragen	

Wichtig:

- Bitte geben Sie auch Zweitwohnsitze und weitere Mietwohnungen für diese Miete zahlen an
- sollten Sie in einem anderen Zuständigkeitsbereich Leistungen vom Staat erhalten, sind Sie hiermit aufgefordert, diese Angaben vollständig und wahrheitsgemäß im Antrag anzugeben
- anzugeben sind auch die tatsächlichen Aufenthaltsorte, sämtliche Miet- und Untermietverhältnisse

Bitte beachten Sie:

Die bloße melderechtliche Anmeldung einer Wohnung belegt nicht alleine, dass Sie sich dort tatsächlich aufhalten. Ebenso ist ein bestehender Mietvertrag oder Untermietvertrag ein Indiz aber kein Nachweis. Bitte geben Sie daher auch an, wenn Sie eine Wohnung oder nur ein Zimmer angemietet haben, sich jedoch nur gelegentlich dort aufhalten.

Familienstand				
☐ ledig	verheiratet/verpartnert seit	verwitwet seit	geschieden seit	getrennt lebend seit
Ort der Eheschließung			frühere Ehe/ weitere Ehe	

1.1 Staatsangehörigkeit/en

Derzeitige Staatsangehörigkeit(en) 1.	2.	3.
nachgewiesen ☐ nein ☐ ja	durch (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	Verlustgrund	nachgewiesen durch

1.2 Aufenthaltsorte im Ausland und Inland (keine Besuchsaufenthalte)

Vom	bis zum	in (Ort/ Staat)

1.3 aktueller Aufenthaltstitel/ Status

☐ Niederlassungserlaubnis ☐ Aufenthaltserlaubnis gemäß § _____AufenthG

☐ EU-Bürger ☐ Aufenthaltskarte für Angehörige von EU-Bürgern/ Schweizer/in

☐ anderes Aufenthaltsrecht ☐ Besonderer Status z. B. Asylberechtigte/r, anerkannter Flüchtling

Tabellarischer Lebenslauf

Schule

Vom – bis zum / Schulart / Abschluss / Staat

Berufsausbildung

Vom – bis zum / Art, Abschluss / Staat

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeiten

Vom – bis zum / Art / Anschrift des Arbeitgebers

2. Angaben zu den Eltern (bitte immer ausfüllen)

Leibliche Eltern		Adoptiveltern		Adoption wirksam seit
☐ nein	☐ ja	☐ nein	☐ ja;	

Vater	**Mutter**
Familienname (eventuell Geburtsname)	Familienname (eventuell Geburtsname)
Vornamen	Vornamen
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit (derzeit)	Staatsangehörigkeit (derzeit)
Staatsangehörigkeit (früher)	Staatsangehörigkeit (früher)
(letzter) Wohnort, Kreis, Staat	(letzter) Wohnort, Kreis, Staat
Datum der Eheschließung / in (Ort, Kreis, Staat)	
verstorben ☐ nein ☐ ja / am (Datum)	verstorben ☐ nein ☐ ja / am (Datum)

Nur bei minderjährigen Antragstellern (unter 16 Jahre) auszufüllen:

Die Ehe der Eltern besteht noch	
☐ ja	Zustimmung des Elternteiles bzw. Vertretungsbefugnis liegt vor
☐ nein	Sorgerechtsnachweis beifügen, zum Beispiel Auszug aus dem Scheidungsurteil, Sterbeurkunde des anderen Elternteiles

3. Angaben zum Ehegatten

Familienname (eventuell Geburtsname)	
Vornamen	Geburtstag
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift (falls abweichend zum Antragsteller/in)	
Staatsangehörigkeit(en) ☐ deutsch / ☐	
Bei deutscher Staatsangehörigkeit bitte Nachweis (Reisepass, Personalausweis, Einbürgerungsurkunde,...) beifügen!	
derzeitiger aufenthaltsrechtlicher Status	
Nur bei ausländischer Staatsangehörigkeit Der Ehegatte ☐ hat ebenfalls einen Antrag auf Einbürgerung gestellt ☐ hat eine Ablehnung der Einbürgerung erhalten durch (Behörde) _____ am _____ ☐ beantragt keine Einbürgerung	

4. Wehrdienst

Wehrpflicht ☐ ja ☐ nein, Wehrpflicht erfüllt ☐ ja ☐ nein, vom Wehrdienst befreit ☐ ja ☐ nein

5. Angaben zu Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder; Kinder aus früheren Ehen; nicht in der Ehe geborene Kinder

Bitte auch eintragen: Kinder, die bei einem anderen Elternteil wohnhaft sind

1. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch / ☐	
Das Kind soll ☐ mit eingebürgert werden. ☐ nicht mit eingebürgert werden.	

2. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch / ☐	
Das Kind soll ☐ mit eingebürgert werden. ☐ nicht mit eingebürgert werden.	

3. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch / ☐	
Das Kind soll ☐ mit eingebürgert werden. ☐ nicht mit eingebürgert werden.	

6. Angaben über deutsche Sprachkenntnisse/ politische Kenntnisse

Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

z. B. durch Sprachzertifikat B 1, Schulabschluss oder abgeschlossene Ausbildung in Deutschland,…)

☐ ja, belegt durch
☐ nein, Gründe:

7. Angaben über Straftaten

Im Einbürgerungsverfahren sind die Angaben zu strafrechtlichen Verurteilungen sowie zu laufenden Ermittlungsverfahren vollständig und wahrheitsgemäß zu machen. Wir weisen darauf hin, dass im Rahmen der Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Sicherheitsanfragen bei den Sicherheitsbehörden getätigt werden.

Anzugeben sind insbesondere:

- sämtliche strafrechtliche Verurteilungen im Inland, einschließlich solcher, die bereits viele Jahre oder Jahrzehnte zurückliegen
- Verurteilungen von Geldstrafen nach Tagessätzen, sowie Entscheidungen im Strafbefehlsverfahren
- Freiheits- und Jugendstrafen sowie sonstige strafrechtliche Entscheidungen
- anhängige Ermittlungsverfahren
- Bewährungsstrafen

Wichtig: Auch eine Verurteilung zu einer Geldstrafe von Tagessätzen, egal in welcher Höhe, stellt eine strafrechtliche Verurteilung dar

Wichtig: Entscheidend ist nicht, ob die Geldstrafe bereits beglichen wurde. Es kommt alleine darauf an, ob sich die Verurteilung in Ihrem erweiterten Führungszeugnis befindet. Verurteilungen mit Geldstrafen können je nach Tat und Umfang auch noch Jahrzehnte später im erweiterten Führungszeugnis befinden.

Bitte entscheiden Sie nicht selbst, ob eine Verurteilung wegen des Zeitraumes oder wegen einer Geringfügigkeit nicht mehr angegeben werden muss. Bitte geben Sie alle Daten vollumfänglich an.

Unvollständige oder unrichtige Angaben können zu Folge haben, dass Sie sich strafbar machen und eine Sperrfrist gem.35a StAG für das Einbürgerungsverfahren für 10 Jahre in Kraft treten kann.

Straftaten ☐ nein ☐ ja;

Datum	Tatbestand	Strafmaß

Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtende Beweggrund festgestellt? nein ☐ ja ☐

8. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen (Lebensunterhalt)

Bruttoeinkünfte		EURO	Art der Einkünfte (zum Beispiel Arbeits-einkommen, Rente)
☐ **Antragsteller/in**	☐ monatlich ☐ jährlich		
☐ **Ehegatte**	☐ monatlich ☐ jährlich		
☐ **Eltern (nur bei Minderjährigen)**	☐ monatlich ☐ jährlich		

Arbeitnehmer/in ☐ unbefristetes Arbeitsverhältnis ☐ befristet bis	bei
☐ selbständig seit	Art des Gewerbes
Schüler/in, Auszubildende/r, Student/in ☐	wo
Sonstige andere Tätigkeit ☐	

Alterssicherung (z.B. ges. Rentenversicherung, private Lebensversicherung)
☐ nein ☐ ja (bitte geeignete Nachweise beifügen)

Beziehen Sie Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) oder SGB II (Arbeitslosengeld II)?

		Höhe der monatlichen Sozialhilfe (EURO)
☐ nein	☐ ja;	
leistende Behörde		

Sind Sie anderen Personen zum Unterhalt verpflichtet (z.B Kinder, die nicht Ihrem Haushalt angehören)?

☐ nein ☐ ja;

Welchen Personen gegenüber sind Sie zum Unterhalt verpflichtet?	Höhe der Unterhaltszahlungen (EURO)

Bestehen Unterhaltsrückstände?

		Höhe der Rückstände (EURO)
☐ nein	☐ ja;	

9. Bereits beantragte Verfahren

Folgende Verfahren habe ich bereits beantragt:

☐ **Einbürgerung**	Bei folgender Behörde:
Über den Antrag wurde entschieden	☐ negativ ☐ positiv ☐ nicht entschieden Datum der Entscheidung Aktenzeichen der Behörde
Ausländischer Flüchtling ☐ nein ☐ ja	nachgewiesen durch
Asylberechtigte/r ☐ nein ☐ ja	nachgewiesen durch

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den

_____

Unterschrift der Antragstellerin/ des Antragstellers

Ich/ Wir beantragen die Einbürgerung der im Antrag aufgeführten Kinder (Miteinbürgerung angekreuzt!)

Hinweis: Minderjährige ab dem 16. Lebensjahr müssen einen eigenen Antrag stellen!

Unterschrift aller gesetzlichen Vertreter (grundsätzlich beide Elternteile)

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den

_____ _____

Die vorstehende/n Unterschrift/en wurde vor mir vollzogen. Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.

Kreisverwaltung Ahrweiler
- Einbürgerungsbehörde -

Kreisverwaltung Ahrweiler, den _____ (Dienstsiegel)

_____
(Unterschrift)

Loyalitätserklärung zum Einbürgerungsantrag

„Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

1. Insbesondere erkenne ich an

a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

e) die Unabhängigkeit der Gerichte,

f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,

g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und

h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

2. Ich bekenne mich außerdem

a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie

b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

3. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.“

4. Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in obigem Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin.

5. Ich habe in der Vergangenheit keine derartigen Handlungen vorgenommen, die als der Einbürgerung entgegenstehende Bestrebungen im Sinne dieser Erklärung anzusehen sind.

6. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Ziffer 2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe."

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____

(Unterschrift)

Information
Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Loyalitätserklärung

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreterinnen und Vertreter ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret?
Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland. In diesem Begriff werden die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammengefasst. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- **Achtung der Menschenrechte**

Hierzu gehört das Recht jedes Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit, freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und Gleichbehandlung wie z.B. den Zugang zu Informationen, Bildung und Beruf, Recht auf freie Meinungsäußerung, Freiheit des Glaubens. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat hat die Grundrechte jeder und jedes Einzelnen zu schützen, auch gegen andere Menschen, Vereinigungen und Organisationen. Jede und Jeder hat auch das Recht sich gegen Beeinträchtigungen durch den Staat zu wehren.

- **Demokratie und Volksherrschaft**

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk bestimmt in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen Vertreterinnen und Vertreter in Europa, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der Ebene wahr für die sie gewählt wurden und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

- **Gewaltenteilung**

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlament), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

- **Rechtsstaatsprinzip**

Dieses Prinzip gewährleistet die Bindung der Parlamente an die verfassungsmäßige Ordnung und von Regierungen, Verwaltungen und Rechtsprechung an Gesetz und Recht.Maßnahmen die in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen benötigen grundsätzlich eine gesetzliche Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt. Jeder Bürgerin und jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

- **Unabhängigkeit der Gerichte**

Die Gerichte sind unabhängig. Sie dürfen von Regierungen und Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind bei der Rechtsanwendung nur ihrem Gewissen verpflichtet. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf einen fairen Prozess.

- **Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien**

Wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Gründung, Bestand und Arbeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

- **Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition**

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition in ihrer Arbeit nicht behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen dabei noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch, dass

- Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen und auch nicht unterstützt oder verfolgt haben, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten,
- Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder eines seiner Bundesländer gerichtet sind,
- Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Bundes oder eines Landes nicht behindern werden und
- Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.

§ 42 StAG

Mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um sich für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Hiermit bestätige ich, dass ich über den Inhalt des § 42 StAG unterrichtet wurde. Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich bin zudem darauf hingewiesen worden, dass eine Einbürgerung zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für sie gewesen sind, erwirkt worden ist (§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz).

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____

(Unterschrift)

Allgemeine Erklärung zum Einbürgerungsantrag/
Einwilligung zur Einholung von Sozialdaten von Sozialleistungsträgern
nach § 67 b Sozialgesetzbuch X

Personenangaben:

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

1. Über die allgemeinen Voraussetzungen der Einbürgerung wurde ich unterrichtet.

2. Ich wurde darüber informiert, dass die Einbürgerungsbehörde für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Auskünfte von Ausländerbehörden, dem Bundeszentralregister, Polizei- und Justizbehörden, Verfassungsschutzbehörde und Meldebehörden einholt. Zur Einholung dieser Informationen ist die Einbürgerungsbehörde gesetzlich ermächtigt und auch verpflichtet.

3. Sofern zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Auskünfte der Arbeitsverwaltung, der Finanzverwaltung oder der Sozialbehörden zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen benötigt werden, sind wegen der besonderen gesetzlichen Regelungen vielfach gesonderte Einverständniserklärungen zur Auskunftserteilung erforderlich. Dies gilt auch in den Fällen, in denen im Zusammenhang mit der Feststellung der Staatsangehörigkeit oder der erforderlichen Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit meiner Auslandsvertretung aufgenommen werden muss.

4. Die im Antrag gemachten Angaben werden für die Entscheidung über meinen Antrag benötigt. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrages nicht möglich. Die personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatischen Datei bei der Einbürgerungsbehörde gespeichert. Diese Datei dient ausschließlich verwaltungsintern zur automatisierten Bearbeitung des Einbürgerungsantrages.

   Ich erkläre mich hiermit mit allen erforderlichen Auskunftsersuchen einverstanden!

5. Mir ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) Gebühren zu erheben sind. Diese fallen nach den einschlägigen bundesgesetzlichen Vorschriften auch im Falle der Rücknahme des Antrages oder dessen Ablehnung an. Die Gebühr für die Rücknahme oder Ablehnung des Einbürgerungsantrages bestimmt sich im Einzelfall und beträgt zwischen 25,00 € bis zur Höhe der beantragten Leistung.

   Die Gebühren belaufen sich derzeit auf

   - **255,00 Euro** für Einzeleinbürgerungen nach den §§ 8, 9, 10 StAG und
   - **51,00 Euro** für die Miteinbürgerung minderjähriger Kinder ohne eigene Einkünfte

6. Ich wurde über meine Pflichten belehrt gegenüber der Einbürgerungsbehörde gegen mich ergangene strafrechtliche Verurteilungen zu offenbaren, auch wenn sie nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen oder zu tilgen sind (§ 53 Abs. 1 und 2 Bundeszentralregistergesetz).

7. Ich wurde darüber belehrt, dass unvollständige oder unrichtige Angaben im Einbürgerungsverfahren strafbar sind und zu einer Sperrfrist gem. § 35a StAG für 10 Jahre für das deutschlandweite Einbürgerungsverfahren führen können.

8. **Ich verpflichte mich, der Einbürgerungsbehörde <u>unverzüglich alle</u> für das Verfahren bedeutsamen Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse insbesondere jede**

   - Adressänderung,
   - Veränderungen des Familienstands
     (z.B. Trennung vom Ehegatten, Eheschließung, Scheidung, Geburt eines Kindes),
   - Wechsel des Arbeitsgebers, Verlust des Arbeitsplatzes
   - Bezug von Sozialhilfe oder Grundsicherung,
   - strafrechtliche Verurteilung, Einleitung eines Strafverfahrens
   - Veränderung einer aufenthaltsrechtlichen Erlaubnis

   mitzuteilen. Mir ist bekannt, dass ich nach § 37 Abs. 1 Satz 2 StAG i.V.m. § 80 Abs. 3 und § 82 AufenthG zur Mitwirkung verpflichtet bin und es mir obliegt, meine Belange und für mich günstige Umstände nachprüfbar und unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise unverzüglich beizubringen. Unterlagen, welche nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind immer Übersetzungen von einem staatlich anerkannten Übersetzer beizufügen. Alle Unterlagen sind im Original vorzulegen.

   Die Informationen habe ich gelesen, inhaltlich verstanden und erkläre mich damit einverstanden. Mir wurde Gelegenheit gegeben, offene Fragen bei der Antragsabgabe zu klären.

Kreisverwaltung Ahrweiler, den

_____

(Unterschrift)

Die vorstehende Unterschrift wurde vor mir vollzogen. Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.

Kreisverwaltung Ahrweiler
- Einbürgerungsbehörde -

Kreisverwaltung Ahrweiler, den _____ (Dienstsiegel)
(Unterschrift)